

VOM ENDE HER GEDACHT

Erste Überlegungen zum Follow-up für die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

von Wolfgang Obenland

Ende 2023 haben sich die Mitglieder der Vereinten Nationen mit vier Jahren Verspätung endlich darauf geeinigt, zu einer 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) zusammenzukommen. Entsprechend haben die Diskussionen über die möglichen Inhalte und Beschlüsse einer solchen Konferenz begonnen, die Ende Juni/Anfang Juli 2025 in Spanien stattfinden wird. Während aktuell, im Frühjahr 2024, die Debatten darüber dominieren, was unter anderem in Sachen Steuern, Schulden, Investitionen und systemischen Reformen in Anbetracht einer seit 2015 veränderten Welt zu tun ist, sollten sich die Regierungen auch schon jetzt damit beschäftigen, wie sie mit den möglichen Ergebnissen von FfD4 umgehen wollen. Die durchaus durchwachsene Bilanz der Umsetzung der Beschlüsse von Addis Abeba aus dem Jahr 2015 (die sog. Addis Ababa Action Agenda, AAAA) zeigt, dass der Erfolg einer Konferenz nicht nur an ihrem Ergebnisdokument abzulesen ist, sondern auch daran, ob deren Inhalte nachgehalten und mit Leben gefüllt werden.

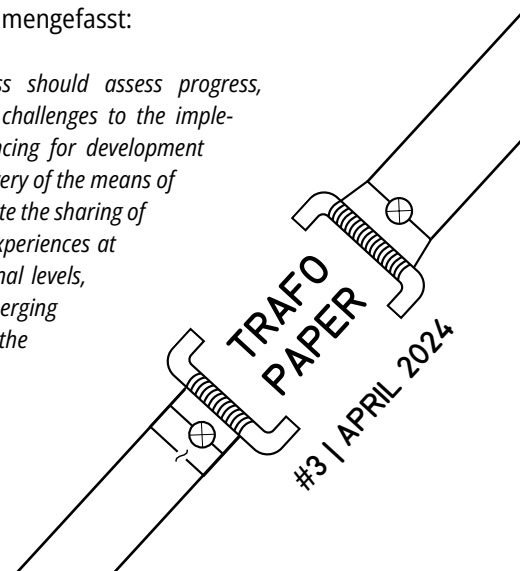
Naturgemäß hängt die genaue Ausgestaltung eines solchen Follow-up-Prozesses im Detail von den konkreten Ergebnissen der Konferenz ab. Ein Blick auf die Arbeit der in Addis Abeba ins Leben gerufenen institutionellen Mechanismen kann aber ein Fingerzeig dafür sein, was nach FfD4 besser funktionieren sollte. Dafür

gibt es hier eine Reihe erster Gedanken, die selbstverständlich im Verhandlungsverlauf weiter diskutiert, konkretisiert, angepasst und gegebenenfalls verworfen werden müssen.

Der FfD-Follow-up seit der Konferenz von Addis Abeba

Anders als noch bei den Vorgängerkonferenzen von Monterrey 2002 und Doha 2008 enthält die AAAA in ihren letzten Absätzen detaillierte Beschlüsse darüber, wie die Konferenzergebnisse nachgehalten werden sollen. Insgesamt wurde das Mandat des Prozesses folgendermaßen zusammengefasst:

„The follow-up process should assess progress, identify obstacles and challenges to the implementation of the financing for development outcomes, and the delivery of the means of implementation, promote the sharing of lessons learned from experiences at the national and regional levels, address new and emerging topics of relevance to the



implementation of this agenda as the need arises, and provide policy recommendations for action by the international community. We will also enhance coordination, promote the efficiency of United Nations processes and avoid duplication and overlapping of discussions.” (AAAA, Para 131)

Neben dieser Aufgabenbeschreibung wurden institutionelle Innovationen vereinbart, die ihr gerecht werden sollten. Zum einen wurde mit dem sogenannten **ECOSOC Forum on Financing for Development follow-up** (FfD-Forum),¹ einem jährlichen Treffen der UN-Mitglieder und weiteren Stakeholder im FfD-Prozess, ein Anlass ins Leben gerufen, der die Weiterführung des Prozesses seit FfD3 strukturiert. An bis zu vier (in der Praxis waren es drei) Tagen werden jährlich im Frühjahr in New York unter einem Schwerpunktthema die Implementierung der AAAA, beziehungsweise die Umsetzungsmechanismen für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, diskutiert. Ein weiterer Tag des Forums dient einem hochrangigen Treffen zwischen den UN-Mitgliedern und den Bretton Woods-Institutionen (BWI) – Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank –, der Welthandelsorganisation (WTO) und UN Trade and Development (UNTAD).²

Die Ergebnisse des Forums werden in *intergovernmentally agreed conclusions and recommendations*, also in bereits im Vorfeld der Tagung verhandelten Schlussfolgerungen und Empfehlungen zusammengefasst. Diese dienen weiterhin als Input für die Tagungen des High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF), das jährlich im Juli in ähnlicher Weise die Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) überprüft. Dort werden die Ergebnisse des FfD-Forums außerdem an einem Tag vorgestellt, diskutiert und in die Ergebnisse integriert. Ergänzt werden die jährlichen Treffen beim FfD-Forum um hochrangige Dialogformate, die alle vier Jahre unter der Ägide der UN-Generalversammlung im September veranstaltet werden.

Als zweite Hauptkomponente im Follow-up Prozess wurde im System der Vereinten Nationen die **Inter-agency Task Force on Financing for Development** (IATF) etabliert.³ Diese Arbeitsgruppe, zu der auch for-

mell nicht im UN-System zu verortende internationale Organisationen wie die WTO oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehören, hat als zentrale Aufgabe die Erarbeitung eines jährlichen Berichts zur Umsetzung der AAAA, den **Financing Sustainable Development Report** (FSDR). Neben der Analyse soll der Bericht außerdem Empfehlungen zur Weiterarbeit beziehungsweise zur Behebung von Problemen bei der Beschlussumsetzung enthalten. Koordiniert wird die IATF, zu der mittlerweile über 60 Organisationen und Programme gehören, vom Financing for Sustainable Development Office (FSDO),⁴ einer Einheit der Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Fragen (DESA) des UN-Sekretariats.

Neben diesen Institutionen zum Follow-up der AAAA im engeren Sinne gibt beziehungsweise gab es eine ganze Reihe von Prozessen, in denen implizit und explizit an der Verwirklichung der Beschlüsse gearbeitet wird. Zuvorderst gehört dazu das Multi-stakeholder Forum on Science, Technology and Innovation,⁵ das zur Verwirklichung des entsprechenden Kapitels der AAAA initiiert wurde. Einer der inhaltlich interessantesten war die 2020 ins Leben gerufene Initiative zu Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond (FFDI),⁶ die ein breit gefächertes Menü an Optionen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der COVID-19-Pandemie vorlegte. Ganz praktische Finanzierungsfragen werden unter anderem in den jährlichen SDG Investment Fairs (entgegen des Namens eher lösungsorientierte Konferenzen) diskutiert.⁷ Weitere Beschlüsse von Addis Abeba – beispielsweise zu Verschuldung und zur internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen – wurden im Kontext der G20, bei der OECD, im UN Committee of Experts on International Cooperation in Tax Matters,⁸ bei IWF und Weltbank, im 2. Hauptausschuss der UN-Generalversammlung und diversen anderen Gremien, Organisationen und Programmen nachgehalten. Dazu gehören auch Formate, die im Kontext des FfD-Prozesses entstanden sind, wie die Addis Tax Initiative,⁹ der International Tax Compact,¹⁰ oder die Leading Group on Innovative Financing for Development.¹¹ Daneben haben die Regierungen von Mexiko, der Schweiz und

1 <https://financing.desa.un.org/what-we-do/ECOSOC/financing-development-forum/FFD-forum-home>

2 Bis zum „Rebranding“ im April 2024 unter dem Namen UN Conference on Trade and Development (UNCTAD), vgl. <https://unctad.org/news/unctad-rebrands-un-trade-and-development>.

3 <https://financing.desa.un.org/iatf/home/>

4 <https://financing.desa.un.org/>

5 <https://sdgs.un.org/tfm/sti-forum>

6 <https://www.un.org/en/coronavirus/financing-development>

7 <https://financing.desa.un.org/SDGIFair>

8 <https://financing.desa.un.org/what-we-do/ECOSOC/tax-committee/tax-committee-home>

9 <https://www.addistaxinitiative.net/>

10 <https://www.taxcompact.net/>

11 <https://leadinggroup.org/>

Deutschlands seit 2016 jährlich informelle Treffen der Group of Friends of Monterrey organisiert, bei denen inhaltliche Punkte auf der FfD-Agenda ohne enges diplomatische Korsett diskutiert werden können.

Auf nationaler Ebene findet eine systematische Umsetzung der AAAA unter anderem im Rahmen der Erarbeitung sogenannter **Integrated National Financing Frameworks** (INFF) statt. Mit Unterstützung internationaler Programme wie dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) beziehungsweise unter deren Anleitung überprüfen Entwicklungsländer dabei ihre öffentlichen und privaten Finanzsysteme auf mögliche Reformbedarfe, die zur Verwirklichung nationaler Strategien für nachhaltige Entwicklung nötig sind.¹²

Lücken und Webfehler im System

Die bestenfalls lückenhafte und in jedem Fall wenig erfolgreiche Umsetzung der Beschlüsse von Addis Abeba – nachzulesen beispielsweise im aktuellen FSDR von 2024¹³ – hat selbstverständlich mehrere Ursachen. Dazu gehören beispielsweise die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen, die jüngsten Konflikte und Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine, das dadurch mit ausgelöste inflationäre Umfeld, neue und alte geopolitische Verwerfungen, mangelnder politischer Wille und einige mehr. Es bleibt aber festzuhalten, dass auch die diversen institutionellen Ansätze im FfD-Follow-up Verbesserungsbedarf haben. Dieser liegt zum einen begründet in der Tradition des mittlerweile über 20-jährigen FfD-Prozesses, zum anderen in den politischen Ökonomien der beteiligten Akteure, allen voran der internationalen Finanzinstitutionen, sowie natürlich in den sich teilweise widersprechenden Interessen der Regierungen.

Es kann an dieser Stelle keine Umfassende Analyse der mehrjährigen und teils enorm umfassenden Arbeit der o.g. Institutionen geben. Allerdings gibt es einige offensichtliche Probleme und Schwachstellen, die es in einem Follow-up von FfD4 zu berücksichtigen gilt. Diese betreffen sowohl den Überprüfungsprozess

auf Ebene der Regierungen – national und bei den FfD-Foren – sowie im Kontext der internationalen Organisationen und Programme:

» Es ist erstens festzuhalten, dass die FfD-Foren in den mittlerweile acht Jahren seit Addis Abeba praktisch nicht dazu in der Lage waren, wirklich umsetzbare Beschlüsse zu fassen. Das hat eine Reihe von Ursachen. Ein Grund ist die Verfasstheit des Treffens als Forum. Foren werden im System der UN primär als Diskussionsarenen verstanden. Politische Beschlüsse werden in Kommissionen und Ausschüssen gefasst. Diese prozedurale Frage kann aber nicht als Erklärung dafür genügen, warum die Regierungen nicht dazu in der Lage waren, Beschlüsse der AAAA mit Leben zu füllen. Beispiele dafür sind die in der AAAA festgehaltenen Vorhaben zur Erarbeitung von Leitlinien für öffentlich-private Partnerschaften oder zum Umgang mit nicht kooperativen privaten Gläubigern. Die inhaltliche Weiterarbeit wurde vielmehr an Gremien und Zusammenhänge ausgelagert, die im Vergleich zum FfD-Prozess Legitimationsdefizite aufweisen, wie die G20 oder OECD. Die Ergebnisdokumente der FfD-Foren ähneln allzu sehr einem Remix anderenorts beziehungsweise zuvor formulierter Erkenntnisse (sogenannte *agreed language*).

» Eine zweite Schwäche der FfD-Foren ist die – um es vorsichtig zu formulieren – wenig systematische Beschäftigung mit den Umsetzungsbemühungen einzelner Länder. Anders als beispielsweise bei den HLPF gibt es im FfD-Kontext keine, auch keine freiwilligen, Länderberichte, die Anhaltspunkte für gemeinsame Probleme und deren Behebung geben könnten. Dadurch bleiben die Diskussionen oftmals zu abstrakt. Vor allem aber fehlt eine wirkliche Analyse, wie globale Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene zu Finanzproblemen führen und wie Entscheidungen gerade in den großen Finanzzentren Auswirkungen auf die Ökonomien anderenorts haben, beispielsweise Zinsentscheide der wichtigsten Zentralbanken.

» Drittens ist zu beobachten, dass der gesamte FfD-Prozess noch sehr von einer Nord-Süd-Dichotomie geprägt ist. Das kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, wer aus den jeweiligen Hauptstädten zu den Foren anreist. Aus den reicheren Industrieländern sind das primär Vertreter:innen von Institutionen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Aus Entwicklungsländern reisen umgekehrt Finanzfachleute oder Vertreter:innen aus Planungsministerien an. Auch die Vertretungsebene hat ein Süd-Nord-Gefälle. Nun kann man begrüßen, dass sich der FfD-Prozess anders als viele andere dezidiert mit Fragen der ökonomischen

12 <https://inff.org/>

13 <https://financing.desa.un.org/iatf/report/financing-sustainable-development-report-2024>

und sozialen Entwicklung befasst. Im Ergebnis kann das aber zu einer verengten Perspektive – Probleme werden im globalen Süden, Lösungsansätze und Unterstützung im globalen Norden verortet – führen, die den tatsächlichen Problemursachen nicht gerecht wird.

» Erstaunlicherweise ist viertens zu konstatieren, dass der FfD-Prozess insgesamt kaum in der Lage ist, die konkreten Ergebnisse der drei bisherigen Konferenzen jenseits der allgemeinen Zielvorstellungen über Entwicklungszusammenarbeit nachzuhalten. Zu sehen ist dieser Umstand unter anderem an den jährlich erscheinenden FSDR. Diese mit enormem Aufwand erarbeiteten und umfangreichen Berichte ähneln sehr den auch von anderen Organisationen wie den BWI oder UNTAD veröffentlichten ‚Weltwirtschaftsberichten‘. Die gemachten Empfehlungen sind oft verhältnismäßig unverbindlich formuliert, die Analyse scheint teilweise widersprüchlich. Das hat gleich mehrere Ursachen. Zuallererst liegt das daran, dass sehr unterschiedliche Organisationen – mehr als 60 an der Zahl – mit ihren eigenen politischen Ökonomien, sehr unterschiedlich verfassten Mitgliedschaften und Entscheidungsverfahren hier zu gemeinsamen Aussagen kommen sollen. Ausverhandelte Analysen zeigen aber gegebenenfalls nicht die volle Komplexität, mögliche Handlungsoptionen können Kompromissen zum Opfer fallen und den Regierungen damit nicht vorliegen. Weiterhin krankt die Analyse des FSDR daran, dass die AAAA – entgegen des Titels – einen enormen Abstraktionsgrad aufweist. So fehlt ihr ein abgegrenzter Monitoring-Rahmen für die umsetzbaren Beschlüsse jenseits der allgemeinen Zielsetzungen. Außerdem ist erkennbar, dass das FSDO, das die Arbeit der IATF koordiniert, unter großen Kapazitätsengpässen leidet. Das alles ist vor allem deshalb äußerst bedenklich, weil der FSDR zu dem zentralen inhaltlichen Input im FfD-Prozess geworden ist. Er prädeterminiert die Diskussionen im FfD-Forum, dessen Ergebnisdokument, sowie in der Folge auch die Ergebnisse des HLPF.

» Zuletzt beziehungsweise fünftens ist festzuhalten, dass der FfD-Prozess nach Addis Abeba kaum dazu in der Lage war, auf neu aufkommende Entwicklungen angemessen zu reagieren. Mit Ausnahme der FfDI im Kontext der COVID-19-Pandemie gab es weder besondere Bemühungen oder Lösungsansätze zur Krise auf den Weltagrarmärkten nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, noch zu den Folgen des Umschwungs in der Zinspolitik der wichtigsten Zentralbanken. Weder die sich gegenwärtig weiter zuspitzende globale Schuldenkrise noch die zwischenzeitliche Bankenkrise Anfang 2023 wurden zum Anlass genommen,

innerhalb des FfD-Prozesses jenseits von Diskursen aktiv zu werden, ggf. Arbeitsprozesse aufzusetzen oder innerhalb der FfD-Foren zu Beschlüssen zu kommen. Selbst der ‚Klassiker‘ unter den FfD-Themen – die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen – wurde von der Gruppe der afrikanischen Länder bei der UN in die Generalversammlung getragen, weil Fortschritte im konsensorientierten FfD-Prozess nicht möglich schienen.

Merkmale für einen gestärkten Follow-up Mechanismus

Schon diese schnelle und zugegebenermaßen unvollständige Analyse des bisherigen Follow-ups im FfD-Prozess zeigt, dass es Luft nach oben gibt, was mögliche Beschlüsse zu diesem Thema in Spanien 2025 angeht. Ohne das für eine abschließende Liste zu halten, ergeben sich entsprechend eine Reihe von Merkmalen, die einen Follow-up nach FfD4 stärken würden:

» Die **FfD-Foren** – oder wie auch immer man einen Umsetzungsmechanismus im Rahmen der UN nennen sollte – müssen **deutlich lösungsorientierter und normativer ausgestaltet** werden. Dazu gehört neben ggf. größeren Kapazitäten zu ihrer Vorbereitung vor allem, dass sie dazu in die Lage versetzt werden sollten, echte Beschlüsse zu fassen. Die *intergovernmentally agreed conclusions and recommendations* sind in ihrer jetzigen Form zu wenig. Das setzt voraus, dass Diskussionen und Verhandlungen umfassender gestaltet werden. Die Vorbereitungszeit für die FfD-Foren, die momentan faktisch die wenigen Wochen zwischen der Veröffentlichung des ersten Entwurfs des FSDR bis zum Forum umfasst, ist dafür zu kurz. Die Einrichtung von themenspezifischen Arbeitsgruppen, die auch zwischen den Foren bzw. mehrjährig tagen, könnte hier Abhilfe schaffen. Solche Arbeitsgruppen, an denen auch die nichtstaatlichen Stakeholder in angemessener Art und Weise zu beteiligen wären, könnten zugleich der Ort sein, an dem neu auftretende Themen behandelt werden.

» Entsprechend wäre auch eine **Erweiterung des Mandats des Forums** überlegenswert. Um nicht abstrakt über globale Fragen zu diskutieren, sollte ein Format gefunden werden, das es den Mitgliedsstaaten erlaubt, zum einen über ihre Erfolge in der Verwirklichung der FfD4-Beschlüsse zu berichten, zum anderen aber auch über die Probleme, denen sie sich durch ungünstige globale Rahmenbedingungen

beziehungsweise das Verhalten anderer Regierungen ausgesetzt sehen. Ein solches Format sollte zugleich dazu genutzt werden, die Dichotomie zwischen Geber- und Nehmerländern zu durchbrechen, die der Realität sicherlich nicht entspricht. In **Anlehnung an die Verfahren der Peer Reviews im Menschenrechtssystem** könnten Abläufe etabliert werden, die die internationalen Folgen nationaler finanzpolitischer Entscheidungen auch und gerade in den potenten Ländern des Globalen Nordens hinterfragen. Ein Tagesordnungspunkt könnten entsprechend Berichte zur Verwirklichung des Prinzips der maximal verfügbaren Ressourcen sein, wie es in Artikel 2 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte formuliert ist. Prozedural ergibt sich aus einem menschenrechtsbasierten Ansatz auch die systematische Beteiligung von Betroffenen sowie die **Integration unabhängiger Analysen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft** in die offiziellen Prozesse. Zur Vorbereitung könnten unter anderem reformierte INFF genutzt werden – wobei die berechtigte Kritik an diesen Analysen Berücksichtigung finden muss.¹⁴ Dringend nötig wäre in diesem Sinne auch INFF beziehungsweise ähnliche Analysen in den Industrieländern und deren Präsentation auf globaler Ebene.

» In diesem Sinne ist auch die **Rolle der IATF und des FSDR neu zu gestalten**. Anstelle eines Berichts zur globalen Ökonomie sollte hier ganz klar die systematische Überprüfung der konkret umsetzbaren FfD4-Beschlüsse im Zentrum stehen. Dazu bedarf es allerdings einer entsprechenden Ausgestaltung dieser Ergebnisse. Sie sollten zumindest ergänzend deutlich handlungsleitender sowie normativer ausfallen. Außerdem sollten die Ergebnisse – gegebenenfalls im Anschluss an die Konferenz – in überprüfbare Form gegossen werden. Der enorme Aufwand, der hierzu im Kontext der SDG-Überprüfung betrieben wurde, mag zunächst abschreckend erscheinen. Ein FfD-Analyseraster wäre aber sicher mit vertretbarem Aufwand zu erarbeiten. Die Agenda ist kleiner (bisher sieben Action Areas stehen 17 SDGs gegenüber), zum anderen liegen gerade für finanzpolitische Fragen enorme Datenmengen und Indizes vor, die schnell genutzt werden können – ebenso wie bestehende statistische Instrumente aus dem Kontext des SDG-Monitorings. Allerdings gilt es zu beachten, dass es zwar große Gemeinsamkeiten zwischen Agenda 2030 und AAAA gibt, letztere aber durchaus auch Bereiche abdeckt,

die mit den SDGs nicht angesprochen werden. Wichtig wäre in jedem Fall, dass sich die **Erfolgsmessung** auf den Impact der vereinbarten Maßnahmen konzentriert, und nicht bei der Erhebung eingesetzter Mittel und Instrumente stehenbleibt. Gerade im Bereich der Privatsektorinstrumente könnte sonst schnell ein falscher Eindruck entstehen. Es sollten entsprechend Verfahren angewendet werden, die **über rein quantitative Messungen hinausgehen**. Auch hierfür bieten sich Instrumente aus dem Menschenrechtsbereich an, beispielsweise das OPERA Framework des Center for Economic and Social Rights.¹⁵

In der Folge könnte das Mandat für IATF und FSDR entsprechend klarer definiert werden. Zum einen wäre die analytische Aufgabe innerhalb eines solchen Analyserasters klarer abgegrenzt. Zum anderen könnte man sich anstelle der zwischen den Autor:innen verhandelten Handlungsoptionen – analog zur FfDI – auf eine Darstellung verschiedener Möglichkeiten fokussieren und politische Entscheidungen den politischen Entscheidungsträger:innen überlassen. Wie auch immer hier die Arbeit weitergeht, bleibt festzuhalten, dass gerade das koordinierende FSDO hierfür mit **deutlich größeren, verlässlich und kontinuierlich finanzierten Kapazitäten** ausgestattet werden muss.

Es erscheint angesichts des Ausgeführten angezeigt, dass der Follow-up für FfD4 möglichst frühzeitig in den anstehenden Verhandlungen berücksichtigt werden sollte. Das gilt umso mehr, als es sich hier lediglich um erste Überlegungen handelt, deren Lücken den am Prozess Beteiligten schnell klar werden dürften und die primär als Diskussionsanstöße gedacht sind.

An oberster Stelle für die Ausgestaltung eines wie auch immer gearteten Folgeprozesses muss stehen, dass er die Funktionen erfüllt, die im oben zitierten Mandat ausbuchstabiert sind. Hinzu kommt der vielfach implizit an den Prozess gestellte Anspruch, er möge die Entscheidungen, Maßnahmen und Politiken der beteiligten Akteure – allen voran der sogenannten *major institutional stakeholder* – kohärent zusammenführen. Gerade dazu braucht es einen starken, von politischem Willen getragenen Folgeprozess. Der FfD-Prozess ist unter den momentanen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen schlicht zu wichtig, um ihn zumindest im Vergleich zu anderen Prozessen stiefmütterlich zu behandeln. ●

14 Vgl. <https://csoforffd.org/2022/04/28/undue-influence-the-risk-of-the-united-nations-growing-emphasis-on-integrated-national-financing-frameworks/>.

15 <https://www.cesr.org/opera-framework/>.

Impressum

Vom Ende her gedacht

Erste Überlegungen zum Follow-up für die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

von Wolfgang Obenland

Herausgeber

Forum Umwelt & Entwicklung

Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

info@forumue.de | <https://ptf.forumue.de>

Redaktion: Lukas Hoff

Autor & Kontakt: Wolfgang Obenland

Berlin, April 2024



Diese Publikation ist Teil des Projekts „Transformative Finanzpolitik in Krisenzeiten“ des Forum Umwelt & Entwicklung, gefördert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).



Für die Inhalte dieser Publikation sind allein die Autoren verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht zwingend den Standpunkt von GIZ und BMZ, des Forum Umwelt & Entwicklung oder seiner Mitglieder wieder.